



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 75 / Dezember 2008

Liebe Leserin, lieber Leser,

während unserer letzten Straßburger Plenartagung in diesem Jahr befassten wir uns u.a. mit dem umfangreichen und umstrittenen "Klimapaket", der Arbeitszeitrichtlinie, der europaweiten Durchsetzung von Verkehrssicherungsvorschriften, der besseren Sicherung von Spareinlagen und der Spielzeugrichtlinie. Ungeachtet der wütenden Proteste und Drohungen der chinesischen Regierung verlieh das Europäische Parlament den Sacharow-Preis für geistige Freiheit an den chinesischen Bürgerrechtler Hu Jia. Die feierliche Verleihung musste allerdings ohne den Preisträger stattfinden: Hu Jia sitzt seit April 2008 in einem chinesischen Gefängnis, weil er gegenüber dem Europäischen Parlament sehr mutig und offen die miserable Menschen- und Bürgerrechtssituation in China angeprangert hatte.

EU-Klimaschutzpaket

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen in den Mitgliedstaaten um 20 % zu reduzieren, den Anteil erneuerbarer Energien auf 20 % zu steigern und die Energieeffizienz um 20 % zu erhöhen. Zur Erreichung dieser Ziele wurde nun über sechs Gesetzesvorschläge abgestimmt. Im Folgenden ein kurzer Überblick über die drei wichtigsten Dossiers aus diesem Paket:

- **CO₂-Emissionen von Neuwagen:** Ab 2015 dürfen Neuwagen in der EU nur noch durchschnittlich 120 g CO₂ pro km ausstoßen. Durch Verbesserungen an der Motorentechnologie müssen 130 g CO₂/km eingespart werden. Eine Reduzierung von weiteren 10 g CO₂/km sollen dann schließlich durch zusätzliche Maßnahmen, wie energiesparende Klimaanlage und Reifen, erreicht werden.

Für "Öko-Innovationen", also für neue, umweltfreundliche Entwicklungen, wie z.B. Solardächer, soll eine Reduktion von 7 g CO₂/km angerechnet werden. Die deutsche Seite erreichte, dass die Einführung der Grenzwerte gestaffelt erfolgt: 2012 müssen 65 %, 2013 75 %, 2014 80 % und 2015 100 % der Neuwagen eines Herstellers die entsprechende Zielvorgabe erreichen. Für 2020 wird ein Zielwert von 95 g CO₂/km angestrebt. Bei Überschreiten der Grenzwerte werden Geldbußen fällig. Diese Staffelung war im Interesse der deutschen Automobilhersteller, die einen unserer wichtigsten Exportsektoren darstellen, dringend notwendig: Das deutsche "Premium-Segment", also die Fahrzeuge der Oberklasse, hätten anderenfalls nicht mehr produziert werden können. Damit wären in Deutschland viele Arbeitsplätze weggefallen, und wo kein Geld mehr verdient wird, ist schließlich auch keines mehr für den Umwelt- und Klimaschutz vorhanden! Ärgerlich ist allerdings, dass unsere Automobilhersteller einen erheblichen Rückstand bei der Entwicklung umweltfreundlicher Technologien haben, weil sie ihre Fahrzeuge immer nur auf den Druck des Gesetzgebers hin verbessern!

- **Erneuerbare Energien:** Der Anteil der erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung, beim Heizen und Kühlen von Gebäuden sowie im Verkehrssektor soll auf mindestens 20 % im Jahr 2020 erhöht werden. Deutschland muss hierfür seinen Anteil an erneuerbaren Energien auf 18 % steigern. Im Verkehrsbereich müssen bis 2020 10 % aller Kraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnen werden. Außerdem wurden Nachhaltigkeitskriterien festgeschrieben, die eine umweltfreundliche Produktion von Biokraftstoffen in der EU und in Drittländern sicherstellen sollen.

- **Emissionshandel:** Wer CO₂ produziert, wird zur Kasse gebeten, indem er CO₂-Verschmutzungsrechte ("Zertifikate") kaufen muss. Die neue Richtlinie legt nun die Spielregeln des Emissionshandels für die dritte Handelsphase ab 2013 fest und sieht eine Ausweitung des Emissionshandelssystems auf weitere Industriesektoren und auf weitere Treibhausgase vor. Ziel ist es, die CO₂-Emissionen bis 2020 im Rahmen des Emissionshandelssystems um 21 % im Vergleich zu 2005 zu senken. Die Zertifikate sollen ab 2013 versteigert werden, wobei zahlreiche Ausnahmen, insbesondere für energie-intensive Industrien, vorgesehen sind. Da diese Richtlinie aber in der nun abgestimmten Version für reichliche Probleme sorgen dürfte, weil sie undurchsichtig und kaum nachvollziehbar ist, habe ich dagegen gestimmt!

Arbeitszeitrichtlinie

Einige Mitgliedstaaten hatten darauf bestanden, die bereits bestehende Arbeitszeitrichtlinie zu ändern. Diese hatte z.B. festgeschrieben, dass die gesamte Bereitschaftszeit von Ärzten, Feuerwehrleuten etc. als Arbeitszeit gewertet werden muss. Diese Bereitschaftszeit, die bei Krankenhausärzten ohne weiteres 70 Stunden umfassen kann, galt früher nur für **die** Momente als Arbeitszeit, in denen der Arzt tatsächlich einen Patienten behandelte. Wer aber will schon von einem Arzt operiert werden, der bereits seit 60 oder mehr Stunden Dienst hat?

Mit qualifizierter Mehrheit, also nicht nur mit der Mehrheit der Anwesenden, sondern mit derjenigen aller Parlamentsmitglieder, stimmten wir nun **gegen** den Standpunkt des Ministerrates zur Arbeitszeitrichtlinie. Wir werten den gesamten Bereitschaftsdienst, einschließlich der inaktiven Zeit, als Arbeitszeit, und legen die wöchentliche Höchstarbeitszeit in der EU auf 48 Stunden fest. Allerdings geht diese Richtlinie nun in ein Vermittlungsverfahren, denn der Ministerrat beharrt auf seiner Position.

Sichere Spareinlagen

Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise beschlossen wir eine europaweite Erhöhung der Mindestsicherung von Bankeinlagen auf 50.000,- EUR zum 1. Januar 2009. In einem weiteren Schritt soll die Mindestsicherung von Bankeinlagen auf 100.000,- EUR zum 1. Januar 2010 angehoben werden. Mit den Deckungssummen

werden ab 2010 ca. 90 % aller Einlagen erfasst. Bei Bankenpleiten soll die Auszahlung dann innerhalb von 14 Tagen erfolgen, in begründeten Notfällen auch früher. Wichtig war uns, dass neben den Privatanlegern künftig auch kleine und mittlere Unternehmen in das Einlagensicherungssystem einbezogen werden.

Spielzeug

Gerade in jüngster Zeit musste immer wieder gesundheitsgefährdendes Spielzeug vom Markt genommen werden. Mit der neuen Spielzeugrichtlinie werden nun die Sicherheitsauflagen für Kinderspielzeug verschärft. Schwermetalle und allergieauslösende Duftstoffe in Spielsachen sind künftig verboten. Vorsichtsmassnahmen für kleine Einzelteile, die von Kleinkindern verschluckt werden könnten, wurden verschärft. Trotzdem: Entgegen dem Willen der Sozialdemokraten, die ein Verbot gefordert hatten, wird es auch in Zukunft noch die beliebten Überraschung-Eier geben!

In eigener Sache

Vor wenigen Tagen stimmte die Landesdelegiertenkonferenz der CDU NRW über die Kandidatenliste zur Europawahl 2009 ab. Ich möchte mich ganz herzlich dafür bedanken, dass ich für Platz 3 dieser Landesliste nominiert wurde!

Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, wünsche ich eine gesegnete, schöne Weihnachtszeit, je nach Geschmack mit wundervollem Weihnachtsgebäck und leckerem Essen, aber **ohne** rote WarnAmpel (mehr dazu im nächsten Jahr), einen "guten Rutsch" und ein vor allem gesundes und glückliches neues Jahr!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: rsommer@europarl.eu.int

www.renate-sommer.de www.EuropaSommer.de